

Auslandseinsatz der Polizei

"Immer damit rechnen, dass etwas passiert"

Der hessische Innenminister Volker Bouffier (CDU) macht sich derzeit vor Ort ein Bild von der Lage der Polizei in Afghanistan. 40 deutsche Polizisten leisten dort Aufbauarbeit. Doch das ist nicht genug, sagt der Minister.

"Wenn wir hier nachhaltig erfolgreich sein wollen, werden wir uns verstärken müssen", sagte Bouffier am Montag in Kabul. Bei der Innenministerkonferenz Mitte November in Nürnberg will er sich dafür einsetzen, dass Deutschland mehr Polizisten nach Afghanistan schickt. "Der afghanische Innenminister hat darum gebeten, dass wir uns stärker engagieren", berichtete Bouffier von seinem mehrtägigen Besuch in der afghanischen Hauptstadt.

Aktuell sind 40 deutsche Polizisten, unter ihnen fünf Hessen, ständig in Afghanistan, um dort die örtliche Polizei mit aufzubauen. Laut Bouffier fliegen zudem bis zu vier Beamte bei Bedarf für mehrwöchige Trainingseinheiten nach Kabul. Bei einer Aufstockung des Kontingents könne Hessen zwar "keinen massiven Beitrag leisten", würde aber dennoch mitmachen, sagte Bouffier.

Keine Abschiebung für allein stehende Frauen

Bei seinem Besuch schätzte er die Lage zwar als "ruhig" ein. "Man muss aber immer damit rechnen, dass etwas passiert", sagte Bouffier. Allerdings halte er eine Abschiebung afghanischer Flüchtlinge aus Deutschland für "grundsätzlich möglich". Voraussetzung dafür sei jedoch ein Auffangnetz in Form einer Familie. "Insbesondere bei allein stehenden Frauen kann ich mir eine Abschiebung deshalb derzeit nicht vorstellen", so Bouffier.

Die in der vergangenen Woche aufgetauchten Skandal-Fotos, die deutsche Soldaten in Afghanistan unter anderem beim Posieren mit menschlichen Überresten zeigten, hätten das Ansehen Deutschlands bislang nicht nachhaltig beschädigt, meinte der Minister. "Das wird hier als Entgleisung einzelner und nicht des gesamten Lands angesehen", sagte Bouffier. Er hoffe, dass die Bilder von niemandem instrumentalisiert würden.

FDP kritisiert Bouffier-Reise

Kritik kam von der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, die sich die Frage stellt, ob die Bouffier-Reise wirklich notwendig und verhältnismäßig ist. Fraktionsvorsitzender Jörg-Uwe Hahn erklärte: "Ich stelle mir natürlich schon die Frage, wie viele Personen zum Schutz von Volker Bouffier und der ihn begleitenden Personen notwendig sind." Schließlich seien gerade mal fünf hessische Beamte im Einsatz. Somit stelle sich auch die Kostenfrage für den Delegationsbesuch. Nach Ansicht der FDP müssen Auslandseinsätze Aufgabe der Bundespolizei werden.

Grüne befürworten Abschiebe-Einschränkungen

Der Grünen-Landtagsabgeordnete Jürgen Frömmrich begrüßte die Aussage Bouffiers, Afghanen aus Deutschland nur abzuschicken, wenn sie in ihrer Heimat von einer Familie aufgefangen werden. Frömmrich wies aber darauf hin, dass Bouffiers Partei im Petitionsausschuss des Landtags die Abschiebung von jungen alleinstehenden Afghanen "verstärkt abgeschlossen und die Betroffenen zur Ausreise aufgefordert oder Abschiebungen vorbereitet habe, auch wenn ein familiäres Netz in Afghanistan nicht mehr existiert".

(cawo / roro)

Stand: 30.10.2006